

AKTUELL



„Wir fordern das Bildungsministerium dazu auf zuzuhören, die aktuelle Situation nicht zu unterschätzen“, appellierte der Gewerkschaftspräsident Patrick Remakel (Zweiter v.r.) auf der Pressekonferenz der SNE-CGFP, „und die von uns vorgestellten Maßnahmen und Empfehlungen umzusetzen – im Sinne aller Kinder.“

FORDERUNGEN DER SNE-CGFP

Schulinklusion? Nicht um jeden Preis

Isabel Spigarelli

Das „Syndicat national des enseignants“ (SNE-CGFP) spricht sich grundsätzlich für die schulische Inklusion aus. Die Gewerkschaft stellt für ihr Gelingen jedoch konkrete Forderungen: Mehr Personal und eine Überarbeitung der Elternbefugnis.

„Inclusioun ... awer op kee Fall mam Briechen“ lautete der Titel der Pressekonferenz der SNE-CGFP zur Schulinklusion. Der Gewerkschaftspräsident Patrick Remakel betonte, man sei nicht per se gegen Inklusion, nur dürfe diese den Lernprozess der Schüler*innen ohne sonderpädagogischen Förderbedarf nicht behindern. Aktuell wachse die Zahl der Schüler*innen mit Lernschwierigkeiten. Auch die Gewalt von Kindern nehme zu. Die Lehrkräfte seien dadurch nur noch selten in der Lage, sich den unterschiedlichen Bedürfnissen der Schulkinder gleichermaßen zu widmen. Die Gewerkschaft spricht von Energiemangel und Frust seitens der Lehrkräfte – und von der an das Verhalten der Mitschüler*innen gebundenen Unlust der Schulkinder, am Unterricht teilzunehmen. Eine Situation, die die SNE-CGFP für inakzeptabel hält.

Sie fordert zur Entlastung des Lehrpersonals die Einrichtung schulinterner Präventions- und Interventionszentren, die in einer ersten Phase auf Kinder mit Verhaltensstörungen reagieren können. Dort sollten Krankenpfleger*innen, Sozialarbeiter*innen und Erzieher*innen tätig sein, die eingreifen, wenn es in einer Schulklasse „brennt“. Bei einer unzureichenden schulinternen Betreuung, müsse in einer zweiten Phase für die temporäre Unterbringung in einem Kompetenzzentrum oder einem „Centre de prise en charge socio-éducative intense“ optiert werden. Über die langen Bearbeitungszeiten entsprechender

Dossiers und die überfüllten Strukturen zeigte sich Remakel besorgt.

Im Hinblick auf Schüler*innen mit Lernschwierigkeiten verlangt die SNE-CGFP die interdisziplinäre Aufstockung der „Equipes de soutien d'élèves à besoins éducatifs spécialisés et différenciés“ (Eseb) und die Erhöhung der Anzahl der „Instituteurs spécialisés dans la scolarisation d'enfants à besoins particuliers ou spécifiques“. „Beißt sich die Katze damit nicht in den Schwanz?“, fragte eine Journalistin bei der Pressekonferenz. Immerhin erwähnte Remakel wiederholt das Ungleichgewicht zwischen den Ausschreibungen und den Bewerber*innen im Bildungsbereich. Er geht jedoch davon aus, dass die Signalisierung von Lösungsansätzen die Attraktivität des Berufsfeldes steigert. Neben den Personalveränderungen fordert die Gewerkschaft zudem die Vereinfachung administrativer Formalitäten, deren bürokratische Langsamkeit dem unmittelbaren Einsatz der Eseb und spezialisierter Lehrkräfte momentan oft im Weg stünden.

Ein weiteres Sorgenkind der SNE-CGFP: die Elternbefugnis. „Die Eltern haben bei Vielem das letzte Wort“, bedauert Remakel, „um ohne ihre Einwilligung weiterführende pädagogische Maßnahmen einzuleiten, sind uns oft die Hände gebunden. Das muss unbedingt zeitnah geändert werden!“ Insbesondere in Bezug auf Kinder mit Verhaltensstörungen solle es künftig in Extremfällen möglich sein, auf das Einverständnis der Eltern zu verzichten. Allgemein schwebt der Gewerkschaft eine unabhängige Kommission vor, bestehend aus teils fachexternen teils professionellen Instanzen, die in Zusammenarbeit mit den Eltern über die vom Lehrpersonal vorgeschlagenen pädagogischen Maßnahmen (zum Beispiel: Unterbringung in schulexternen Infrastrukturen) berät.

SHORT NEWS

FEJ : Le journalisme est un bien public

(rg) - À l'occasion des élections européennes, la Fédération européenne des journalistes (FEJ) a publié son « Manifeste des journalistes 2019 ». Il s'agit de donner à travers une liste de huit grands principes des recommandations aux candidates et candidats afin de garantir et promouvoir la liberté de la presse, le pluralisme au sein des médias ainsi qu'un journalisme de qualité dans tous les États membres de l'UE. Les élections de cette année se tiennent en effet dans un contexte particulièrement néfaste pour la profession. Quatre journalistes ont été tués au cours des deux dernières années dans l'UE : « Une attaque sans précédent contre nos valeurs », écrit la FEJ. Dans plusieurs pays, la Charte des droits fondamentaux de l'UE n'est plus respectée en ce qui concerne la liberté d'expression. La pression sur les journalistes se voit aussi renforcée, car « la viabilité financière des médias indépendants est en jeu », avec des concentrations de plus en plus poussées et un écosystème de l'information concurrencé par « des réseaux sociaux manquant de responsabilisation ». Par ailleurs, la FEJ se prononce pour un journalisme d'investigation et éthique. Finalement, la FEJ dit non à l'impunité et exige notamment que les responsables politiques veillent à ce que les enquêtes internationales sur les assassinats de journalistes puissent être menées dans les meilleures conditions.

Uni.lu-Forscher*innen unterstützen Klimaproteste

(ja) - Wissenschaftler*innen der Universität Luxemburg haben am Mittwoch, dem 22. Mai 2019, eine Stellungnahme zur Unterstützung der jugendlichen Klimaproteste veröffentlicht. Über 180 Forscher*innen haben die Erklärung unterzeichnet und sich damit auch den „Scientists for Future“, die im deutschsprachigen Raum die „Fridays for Future“-Bewegungen unterstützen, angeschlossen. Sie geben den streikenden Jugendlichen recht: „In unserem Zeitalter, dem Anthropozän, haben die Menschen die Funktionsweise des gesamten Erdsystems signifikant verändert. Der Schutz und Erhalt der Biosphäre und der Atmosphäre ist daher eine drängende Priorität. Dieser Schutz erfordert einen kritischen Blick auf die sozio-politischen und ökonomischen Machtverhältnisse und (Un-)Gleichheiten, sowie auf den unausgeglichene Zugang zu Ressourcen und Wissen, die diese konstituieren.“ Zudem betonen die Wissenschaftler*innen, dass an der Uni.lu sowohl in den Ingenieur- und Naturwissenschaften als auch in den Sozial- und Humanwissenschaften zu den Auswirkungen und zur Bekämpfung des Klimawandels geforscht wird. Die jungen Aktivist*innen seien keine „Prophet*innen des Untergangs“, sondern hätten berechtigte und begründete Sorgen und forderten zu Recht einen echten Wandel. Am 24. Mai ist weltweiter Aktionstag der Klimabewegung, in Luxemburg soll dabei die „Rout Bréck“ blockiert werden.

online

Klima, Populismus und Facebook

Neben der Printausgabe publizieren wir regelmäßig neue Artikel auf woxx.lu, hier einige Highlights dieser Woche:

Klimanotstand 1/3: Wie viel Not in meinem Text? Hat Luxemburg den Klimanotstand erklärt? Oder hat die Regierung das Klima verraten? Vergleich der beiden wichtigsten Texte, über die vergangene Woche in der Chamber abgestimmt wurde. woxx.eu/klimanotstand

Kommentar Piratepartei: 100 Prozent Populism Playbook Die Pirat*innen scheinen den Artikel des Online-Magazins reporter.lu so schlecht vertragen zu haben, dass sie deren Redaktion am liebsten zu „Fake News“-Rufen kielholen würden. Ihre Reaktion ist purer Populismus. woxx.eu/playbook

Schon gestreamt? Killing Eve Phoebe Waller-Bridges Serie „Killing Eve“ hätte ein durchschnittlicher Spionage-Thriller werden können, wären da nicht die hervorragend gespielte Villanelle und ihr erotisch aufgeladenes Katz-und-Maus-Spiel mit der Agentin Eve Polastri. woxx.eu/killingeve

Luxemburgische Parteien geben tausende Euro für Europawahlkampf auf Facebook aus Facebook legt offen, wie viel Geld Parteien und NGOs für politische Anzeigen auf dem Netzwerk ausgegeben haben. Spitzenreiter sind Déi Gréng mit über 15.000 Euro. woxx.eu/anzeigen